

**Rede
am 12.5.2006 in Bremen**

**Informationsveranstaltung
"Europäische Strukturfondsförderung in Bremen ab 2007"**

**Das neue Ziel 2 "Regionale Wettbewerbsfähigkeit und
Beschäftigung" im Rahmen der Europäischen
Strukturfondsförderung aus der Perspektive des
Europäischen Sozialfonds**

**Franz-Peter Veits
GD Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und
Chancengleichheit**

Sehr geehrte Damen und Herren,

I. Begrüßung

Europäische Strukturfondsförderung in Bremen bedeutet auch nach 2007 das Zusammenwirken des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung – EFRE - und des Europäischen Sozialfonds - ESF. Ich nehme daher sehr gerne die Gelegenheit wahr, einige Worte über die zukünftige Ziel 2 Förderung aus der Sicht des Europäischen Sozialfonds zu sagen.

II. Die Lissabon-Strategie

Zuerst aber ein paar Worte zur Lissabon-Strategie:
In der Lissabon-Strategie vom März 2000 verständigten sich die Staats- und Regierungschefs vor dem Hintergrund positiver wirtschaftlicher Rahmenbedingungen darauf, die EU bis zum Jahr 2010 zur "wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaft der Welt" zu machen.

Dabei war eine deutliche Erhöhung der Beschäftigungsquote eines der Hauptziele. Die quantitativen Vorgaben gingen dabei allerdings von einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 3 % aus –davon waren die meisten Mitgliedstaaten seit 2001 weit entfernt.

Bald zeichnete sich ab, dass bei der Erfüllung der ehrgeizigen Ziele kaum Fortschritte erzielt wurden.

Im März 2005 wurde die Lissabon-Strategie neu justiert: Auf der Ebene der Verfahren wurden die verschiedenen Koordinierungsprozesse aus den einzelnen Politikfeldern zusammengeführt, inhaltlich fand eine klarere Fokussierung auf die Ziele Wachstum und Beschäftigung statt. Diese sollten durch ein attraktiveres Unternehmensumfeld, die Stärkung von Wissen und Innovation und eine höhere Produktivität gefördert werden.

III. Der ESF im Allgemeinen

Politische Konzepte und Überzeugungen sind das eine, deren praktische Umsetzung ist etwas ganz anderes. Der starke Arm der Europäischen Union zur Unterstützung der Lissabon-Strategie ist im Beschäftigungsbereich der Europäische Sozialfonds (ESF). Wenn Politik mit Geld ausgestattet ist, kann sie sehr wirkungsvoll sein. Sie konnten sich, meine sehr verehrten Damen und Herren, hier im World Trade Center heute bereits an den verschiedenen Ständen über sehr interessante ESF-unterstützte Projekte informieren und können das weiterhin tun.

Die Strukturfondsverordnungen verordnen Kommission und Mitgliedstaaten eine Kommunikationspolitik, die den Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union das Handeln dieser Union, der EU, gerade im Bereich der Strukturfonds erläutert und nahe bringt.

Kein anderer Bereich der Europäischen Politik ist nämlich näher am Bürger als die Kohäsionspolitik. In diesem Zusammenhang ist der ESF das Instrument, welches unmittelbar bei den Unions-Bürgerinnen und -Bürgern wirkt.

Zu dieser Kommunikation gehört auch die heutige Veranstaltung, und ich kann den Bremer Behörden zu ihrer Initiative nur gratulieren. Mit der begleitenden Presse kann so Europa den Bürgern hier in Bremen näher gebracht werden.

Diese Woche war der Europatag, der Jahrestag der berühmten Rede von Robert Schuman. In diesem Zusammenhang fanden auch in Deutschland zahlreiche Veranstaltungen statt. Das jüngste Eurobarometer zeigt ein Nachlassen der Zustimmung zur EU in Deutschland. Daher ist es wichtig, dass nicht nur auf nationaler, sondern auch auf regionaler und lokaler Ebene die gewählten Vertretungen und Verwaltungen sowie die gesamte Zivilgesellschaft, über die vielfältigen Bereiche europäischen Handels informieren und aufklären.

Der ESF hat in Deutschland eine große Reichweite, das heißt er erreicht viele Menschen und unterstützt sie bei ihren Bemühungen, ihren Arbeitsplatz zu erhalten oder wieder eine Arbeit zu finden.

Mein Kollege hat bereits einige Worte zur Kohäsionspolitik im Allgemeinen gesagt. Ich kann mich daher nun auf den ESF konzentrieren.

Der ESF soll den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt innerhalb der Union stärken, indem er die Beschäftigungsmöglichkeiten verbessert.

- Im Hinblick auf die Neuausrichtung der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung hat der Rat ein integriertes Leitlinienpaket angenommen, das die Grundzüge der Wirtschaftspolitik und die beschäftigungspolitischen Leitlinien umfasst.

In den Leitlinien sind die Beschäftigungsziele und -prioritäten aufgeführt. Der ESF sollte die Politik der Mitgliedstaaten unterstützen, soweit sie mit den integrierten Leitlinien und Empfehlungen im Rahmen der Europäischen Beschäftigungsstrategie und mit den relevanten Zielsetzungen der Gemeinschaft im Bereich

- der sozialen Eingliederung,
- der Nichtdiskriminierung,

- der Förderung der Gleichstellung und der beruflichen Bildung übereinstimmt, um so stärker zur Umsetzung der Ziele und Vorgaben beizutragen.

Der ESF sollte ferner tätig werden, um den wichtigen Aspekten und Auswirkungen der demografischen Veränderungen der Erwerbsbevölkerung der Gemeinschaft zu begegnen, insbesondere durch berufliche Fortbildung während des gesamten Erwerbslebens.

Im Interesse einer besseren Vorwegnahme und Bewältigung des Wandels und zur Steigerung des Wirtschaftswachstums, der Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen und Männer sowie der Arbeitsplatzqualität und Arbeitsproduktivität sollte sich die Unterstützung aus dem ESF insbesondere

- auf eine bessere Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer und Unternehmen,
- auf eine Stärkung des Humankapitals,
- auf einen besseren Zugang zur Beschäftigung

- auf eine bessere Beteiligung am Arbeitsmarkt,
- auf eine bessere soziale Eingliederung von benachteiligten Personen,
- auf die Bekämpfung von Diskriminierung,
- auf eine Förderung des Einstiegs von nicht erwerbstätigen Personen in den Arbeitsmarkt
- und auf die Förderung von Partnerschaften für Reformen konzentrieren.

Es muss sichergestellt sein, dass die Tätigkeit des ESF und die Maßnahmen im Rahmen der Europäischen Beschäftigungsstrategie aufeinander abgestimmt sind und dass die Tätigkeit des ESF schwerpunktmäßig auf die Umsetzung der beschäftigungspolitischen Leitlinien und Empfehlungen ausgerichtet ist.

Der ESF unterstützt also Aktionen, die mit den im Rahmen der Europäischen Beschäftigungsstrategie angenommenen Leitlinien und den einschlägigen Empfehlungen übereinstimmen.

Die Mitgliedstaaten und die Kommission müssen auch dafür sorgen, dass die Umsetzung der Schwerpunkte, die

vom ESF im Rahmen der Ziele "Konvergenz" und "Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung" finanziert werden, zur Förderung der Chancengleichheit und zur Beseitigung von Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern beitragen;
ein Konzept der durchgängigen Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts sollte mit gezielten Maßnahmen kombiniert werden, die dazu beitragen, dass mehr Frauen dauerhaft erwerbstätig sind und beruflich aufsteigen.

IV. Der ESF in Bremen und Deutschland - Ein kurzer Blick zurück

Lassen Sie mich noch einige Anmerkungen zu den laufenden Programmen machen.

a. ESF Verwaltung in Bremen

Zuerst zu Bremen: Der ESF wird in Bremen gut verwaltet. Da ist zuerst die Verwaltungsbehörde zu erwähnen (der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales) (mit Frau Jansen an der Spitze, die

viele von Ihnen persönlich kennen). Dazu kommen die verschiedenen zwischengeschalteten Stellen.

Die Kontinuität der Programmumsetzung in Bremen hat zur ständigen Verbesserung der Verwaltungs- und Kontrollsysteme beigetragen. Diese dürften auch den erhöhten Ansprüchen der nächsten Förderperiode genügen.

Diese Verwaltungsstrukturen, verbunden mit der engen Zusammenarbeit aller Senatsverwaltungen, erlaubten es in Bremen, den ESF effizient und innovativ umzusetzen. Fondsübergreifendes Denken wird in Bremen in der Praxis umgesetzt.

Als Ergebnis kann Bremen hohe Umsetzungsstände in der laufenden Förderperiode berichten.

Dieses hohe Niveau gilt es zu halten. Seitens der Europäischen Kommission appelliere ich an die politisch Verantwortlichen, der Umsetzung des ESF weiterhin die erforderlichen Ressourcen zur Seite zu stellen. Die

gesammelte Erfahrung ist die Basis für die Kontinuität der Arbeit.

b. Umsetzung des ESF in Deutschland

Wen und was hat der ESF in der laufenden Förderphase in Deutschland erreicht? Ich stütze mich auf die Informationen aus dem letzten verfügbaren Umsetzungsbericht für das Jahr 2004.

Bis Ende 2004 haben in Ostdeutschland rund 1,4 Millionen und in Westdeutschland 1,9 Millionen Menschen an ESF Programmen teilgenommen. Also insgesamt 3,3 Millionen. Bis Ende 2005 werden es wohl 4 Millionen Menschen gewesen sein.

Das unterstreicht die Bedeutung des ESF für die Arbeitspolitik. Dies gilt im Besonderen für die Länder. Ohne den ESF wäre eine eigenständige und bürgernahe Arbeitsmarktpolitik in vielen Bundesländern kaum möglich.

c. Wo lagen die Schwerpunkte?

Eindeutig größter Schwerpunkt war das

1. Politikfeld "Aktive Arbeitsmarktpolitik" (1,3 Mio. Teilnehmer). Mehr als die Hälfte der Projekte richteten sich dabei an Jugendliche. Die Inhalte waren Berufsausbildung, ausbildungsbegleitende Hilfen, aber auch Beschäftigung. In den letzten Jahren gibt es eine Tendenz, stärker mit Schulabgängern zu arbeiten.
2. Das Politikfeld "Soziale Eingliederung" (520.000 Teilnehmer) hatte als Zielgruppe "besonders Benachteiligte" also Langzeitarbeitslose, Behinderte, Nichtsesshafte, Strafgefangene. Ziel war die Beschäftigungsfähigkeit wieder herzustellen und wo möglich in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Das ist nicht einfach und angesichts der Arbeitsmarktlage auch nicht immer erfolgreich. Nach den Hartz-Reformen und der Einführung von Arbeitslosengeld II scheint der Bedarf an diesen Maßnahmen gestiegen zu sein.
3. Das Politikfeld "Lebenslanges Lernen" (über 500.000 Teilnehmer) unterstützt von der Idee her Systeme und Konzepte. Es wurden viele neue Initiativen gestartet sowohl auf Länder- als auch auf

Bundesebene. Auch wenn die Priorität "Lebenslanges Lernen" hieß, richtete sich dieser Schwerpunkt in der Umsetzung hauptsächlich an Jugendliche. Andere Zielgruppen blieben die Ausnahme oder wurden leider sogar aufgegeben.

4. Das Politikfeld "Anpassungsfähigkeit und Unternehmergeist" (rund 550.000 Teilnehmer) ist in der Ausrichtung neu. Hilfen bei Existenzgründungen in vielfältiger Form fanden eine große Akzeptanz, allerdings fällt bei einem so vielfältigen Angebot der Durchblick manchmal schwer und konkurrierende Angebote waren nicht zu vermeiden. Bei der Maßnahme "Anpassungsfähigkeit" für neue moderne Arbeitsplätze und eine neue Arbeitsorganisation in den Unternehmen nahm die Nachfrage erst spät zu und hat auch jetzt bei weitem noch nicht das gewünschte Niveau erreicht. Das hat damit zu tun, dass man neue Projektträger und vor allem Unternehmen für die Beteiligung gewinnen muss. Dies gilt allerdings nicht für Bremen, wo in diesem Bereich erfolgreich gearbeitet wird.

In diesem Feld ist Deutschland leider nicht an der Spitze. Berufliche Weiterbildung hat hier nicht den erforderlichen Rang. Dabei können nur durch Qualifizierung der Mitarbeiter auf allen Ebenen diese in die Lage versetzt werden, den Anforderungen der Zukunft gerecht zu werden, ihr Unternehmen und ihren Arbeitsplatz zu erhalten.

Fortbildung während der Arbeitszeit ist Teil moderner Unternehmensführung. Die Sozialpartner sind daher aufgefordert, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen. Für KMU steht der ESF für eine Anstoßfinanzierung grundsätzlich zur Verfügung.

5. Das Politikfeld "Chancengleichheit" (rund 300.000 Teilnehmerinnen) ist ambivalent zu beurteilen. Die Umsetzung ist gut. Es wurde allerdings nicht immer deutlich, worin der Beitrag zur Chancengleichheit bestand. Nur weil an einer Maßnahme auch Frauen teilgenommen haben, muss das noch kein Beitrag zur Chancengleichheit sein.
6. Das letzte Feld "Lokales Soziales Kapital" (LOS) ist spät gestartet aber umso erfolgreicher. Dabei geht es

um die Förderung stadtteilbezogener Projekte. Mit Mikroprojekten und einer Unterstützung von bis zu 10.000 EUR werden lokale Initiativen angeregt und unterstützt. Die Ausgaben werden zu 100% aus dem ESF gefördert und müssen daher nicht kofinanziert werden. Damit wurden bis Ende 2004 über 100.000 Teilnehmer in Deutschland erreicht.

V. Was kann der ESF in Zukunft in Deutschland leisten?

Bereits in den laufenden Programmen (2000 bis 2006) sind ein gutes Drittel der deutschen ESF Ressourcen für die Politikfelder

1. Lebenslanges Lernen
2. Anpassungsfähigkeit
3. Unternehmergeist/Existenzgründung vorgesehen.

Der Anteil schwankt zwischen den einzelnen Bundesländern.

Die übrigen Mittel werden vorrangig für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Förderung von Sozialeingliederung und Chancengleichheit genutzt.

Es ist also schon viel entwickelt, auf dem man für die kommende Förderperiode 2007 – 2013 aufbauen kann.

Innerhalb der Lissabon-Strategie soll der ESF die Leitlinien zur Beschäftigung und Entwicklung des Humankapitals unterstützen. Es gibt mehr Spielraum für arbeitsmarkt- und wirtschaftsnahe Initiativen wie zum Beispiel:

1. Förderung der Anpassungsfähigkeit in einem modernen Arbeitsleben: Dazu zählen unter anderem Entwicklung des Fachkräftebedarfs, betriebliche Weiterbildung, Förderung der Wettbewerbsfähigkeit durch neue Formen der Zeit- und Arbeitsorganisation. Der Schwerpunkt liegt dabei bei kleinen und mittleren Unternehmen.
2. Zugang zum Arbeitsmarkt, wie z.B. durch Förderung der Selbständigkeit, Maßnahmen für ältere Arbeitnehmer, Vereinbarkeit von Familie und

Beruf oder auch Initiativen, um qualifizierte Fachkräfte für eine Region zu gewinnen, oder ihre Abwanderung zu vermeiden.

3. Soziale Eingliederung: Als präventive Maßnahme möchte ich hier auch Initiativen gegen Schulabbruch nennen.
4. Stärkung des Humankapitals: In der neuen Förderperiode 2007 – 2013 wird in diesem Feld mehr möglich sein, wenn es eine klare Orientierung auf den Arbeitsmarkt gibt. Sie können beim Übergang von der Schule zum Beruf beginnen, aber auch die Hochschulen mit einbeziehen, oder insgesamt eine Strategie des lebenslangen Lernens fördern.
5. Interregionale und transnationale Aktionen sind innerhalb des neuen Programms möglich. Das ist neu und angesichts der Erweiterung um 10 neue Mitgliedstaaten sehr wichtig – gerade mit Blick auf die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 2011.

Es wird in Zukunft weniger Mittel geben. Der Beitrag zum Budget ist insgesamt gedeckelt. In Zukunft werden

die zehn neuen Mitgliedstaaten etwa 47% und die alten Mitgliedstaaten 53% von den Strukturfonds erhalten. Die neuen Staaten haben zwar nur 20% der Bevölkerung aber eine geringere Wirtschaftskraft, und deshalb erhalten sie relativ mehr. Diese Verteilung ist Ausdruck der europäischen Solidarität.

Die Verringerung der Mittel zwingt uns aber zu einer Konzentration auf die Hauptziele. Es wurde daher vereinbart, dass die Fonds-Mittel zu einem hohen Anteil den Aktionen zugute kommen sollen, die direkt die sog. Lissabonziele unterstützen. Als Benchmarking ist ein Anteil von 75% für die Ziel 2 Förderung festgelegt worden.

Über die Zuordnung der einzelnen Aktionen zu den Lissabonkategorien ist inzwischen nach einer intensiven Diskussion Einigkeit erzielt worden. Gerade diese Diskussion hat aber zu einer besseren Verankerung der strategischen Ausrichtung auf die Lissabon-Ziele beigetragen.

Zum Abschluss möchte ich an die anwesenden Partner der ESF-Umsetzung appellieren, sich in die Vorbereitung

der neuen Programme mit Ihren konkreten Beiträgen einzubringen. Wir brauchen Ihren Sachverstand insbesondere bei

1. der beruflichen Bildung
2. der Förderung innovativer Projekte und
3. transnationalen und interregionalen Aktionen.

Die Europäische Kommission sucht eine erweiterte Partnerschaft nicht nur mit den Mitgliedstaaten, sondern auch mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Aber wir sind natürlich für weitere Unternehmensinitiativen offen, um Zuwachs und Beschäftigung zu fördern.

An die Vertreter der Senatsverwaltung und der Bürgerschaft gerichtet appelliere ich, für die Strukturpolitik und die Umsetzung der Strukturfonds ausreichende Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Die Strukturfonds verlangen immer eine nationale Kofinanzierung (umsonst gibt es nichts), um die Verantwortung des Staates zu stärken und einzufordern. Die Strukturfonds sind zudem immer additionell zu den nationalen Anstrengungen, um deren Wirkung zu

verbessern. Sie ersetzen keine nationalen Mittel. Mit Sorge betrachte ich daher das Zurückfahren der finanziellen Anstrengungen in Politikfeldern, die gerade der ESF unterstützt. Viele Bereiche verfügen gar über kein Pendant im Staatshaushalt. In ihrer Grundkonzeption gibt die Strukturpolitik der Europäischen Union finanzielle Planungssicherheit über einen längeren Zeitraum. Die nationale Kofinanzierung muss diesbezüglich den Mitteln der EU folgen, d.h. ebenfalls langfristige Planungssicherheit geben.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.